

Presseföyer – Dienstag, 16. Juni 2009

"Sicherheit – ein menschliches Grundbedürfnis"

mit

Landeshauptmann Dr. Herbert Sausgruber
Landesrat Ing. Erich Schwärzler
(Sicherheitsreferent der Vorarlberger Landesregierung)

Sicherheit – ein menschliches Grundbedürfnis

Pressefoyer, 16. Juni 2009

Mit einer Aufklärungsquote von derzeit 55 Prozent der Straftaten steht Vorarlberg in der Kriminalitätsbekämpfung seit vielen Jahren an der Spitze der österreichischen Länder. Rechtliche Rahmenbedingungen, die ein konsequentes Vorgehen gegen Straftäter ermöglichen, sowie eine gute personelle und moderne materielle Ausstattung sind neben einer guten Ausbildung der Exekutivorgane wichtige Voraussetzungen, um das hohe Maß an Sicherheit und das Vertrauen der Bevölkerung in die Exekutive auch in Zukunft zu erhalten, bekräftigten Landeshauptmann Herbert Sausgruber und Sicherheitslandesrat Erich Schwärzler heute, Dienstag, im Pressefoyer.

Aktuelle Sicherheitsschwerpunkte aus Vorarlberger Sicht sind:

- Eindämmung der Einbruchskriminalität in Wohngebieten,
- Bekämpfung des Vandalismus,
- Ausbau der grenzübergreifenden Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden und Exekutive im Bodenseeraum mit verstärkter Präsenz der Exekutive im Grenzraum als Ausgleichsmaßnahme zum Schengen-Beitritt der Schweiz,
- verstärktes Vorgehen gegen Autoraser,
- Bekämpfung der Drogenkriminalität.

Umsetzung der Initiative "Sicheres Wohnen"

Im Hinblick auf die Einbruchskriminalität in Wohngebieten wird auf Grundlage des Beschlusses des Vorarlberger Landtages vom Juni 2009 die Initiative "Sicheres Wohnen" im Rahmen der nächsten Änderung der Wohnbauförderungsrichtlinien aufgenommen. Konkret geht es dabei um die finanzielle Unterstützung des Landes für die Errichtung von Alarmanlagen und Videoüberwachungsanlagen bei Wohnhäusern und Wohnungen zur Anhebung der Sicherheit vor Einbrüchen und Diebstählen.

Genügend engagierte Personal

Für die Sicherheit im Land und die Arbeit auf den Polizeiinspektionen ist entscheidend, dass die Exekutivbeamten eine fachlich gute Aus- und Fortbildung genießen und dass im Rahmen einer mittelfristigen Personalplanung personelle Abgänge ausgeglichen bzw. Fehlstellen auf den Polizeiinspektionen besetzt werden können. Deshalb ist es absolut notwendig, dass

- a) ein weiterer Polizeigrundkurs im Herbst 2009 stattfindet und demgemäß die Neuaufnahme von 50 Polizistinnen und Polizisten im heurigen Jahr erfolgt.
- b) innerhalb der nächsten vier Jahre (2010-2013) jährlich jedenfalls ein Grundausbildungskurs mit mindestens 30-40 Polizeischülern vom Innenministerium genehmigt wird. Aus dem Bundespool mit insgesamt 1.000 Polizistinnen und Polizisten für die nächsten fünf Jahre müssen dabei 30-40 Polizeibeamte für Vorarlberg zur Verfügung gestellt werden.

Kein Gastrecht für Kriminelle

Unterstützt wird von Vorarlberger Seite die vorliegende Fremdenrechtsnovelle von Innenministerin Maria Fekter, welche dem Beschluss des Vorarlberger Landtages vom 12. November 2008 Rechnung trägt und insbesondere eine raschere Abwicklung der Asylverfahren vorsieht.

Schwerpunkte der Fremdenrechtsnovelle sind:

- Beschleunigung bzw. Verhinderung von Folgeantragsverfahren, durch welche trotz Vorliegens negativer Asylentscheidungen der Instanzen eine Abschiebung hinauszuzögern versucht wird.
- Erweiterung des Anwendungsbereiches der Ausweisung bei straffälligen Asylwerbern – Einleitung eines beschleunigten Ausweisungsverfahrens bei vorsätzlich begangener Straftat und Anklage durch den Staatsanwalt oder Verhängung der Untersuchungshaft, Einleitung eines Aberkennungsverfahrens.
- Verdichtung der Pflichten für Asylwerber zur Straffung und effizienteren Gestaltung der Asylverfahren, insbesondere im Bereich der Meldeverpflichtungen und Mitwirkung zur Feststellung des Alters und des Verwandtschaftsverhältnisses.
- Erweiterung der Schubhafttatbestände, um in sachlich gerechtfertigten Fällen die Schubhaft besser anwenden und das Untertauchen von Asylwerbern minimieren zu können.

"Asylwerber, die unter dem Schutzmantel des Flüchtlingsrechtes straffällig werden und damit das Gastrecht missbrauchen, müssen unser Land rasch verlassen", so Landeshauptmann Sausgruber und Sicherheitslandesrat Schwärzler: "Ein konsequentes Vorgehen ist nicht nur zum Schutz der heimischen Bevölkerung, sondern auch im Interesse der hier lebenden Zuwanderer, die sich an Recht und Gesetz halten, notwendig."

(sicher09.pku)